



# Der Volkswacht

Amtliche Tageszeitung der NSDAP Gau Sachsen

Es hat die allein Vertriebsrechte behördlich fest bestimmte Blatt zur Veröffentlichung der amtlichen Verkündigungen der Staats- und Gemeindeführer, der Amtsgerichte, der Verwaltungsämter, der Bezirksämter, der Hauptämter, der Jugendämter, der Reichsämter und der Bezirksämter

Nr. 97. Dienstag, 7. April 1936

Verlagspreis: mit 1.40 RM. (einschl. 41 Pf. Vertriebszuschlag) bis 41 oder 43 Pf. (einschl. 41 Pf. Vertriebszuschlag) durch die Uch 1.40 RM. (einschl. 41 Pf. Vertriebszuschlag) (zusätzl. 43 Pf. Vertriebszuschlag) bei Abholung in anderer Geschäftsstelle 2 RM. (einschl. 41 Pf. Vertriebszuschlag) bei Abholung in anderer Geschäftsstelle 2 RM. (einschl. 41 Pf. Vertriebszuschlag) bei Abholung in anderer Geschäftsstelle 2 RM. (einschl. 41 Pf. Vertriebszuschlag)

Verlagspreis: mit 1.40 RM. (einschl. 41 Pf. Vertriebszuschlag) bis 41 oder 43 Pf. (einschl. 41 Pf. Vertriebszuschlag) durch die Uch 1.40 RM. (einschl. 41 Pf. Vertriebszuschlag) (zusätzl. 43 Pf. Vertriebszuschlag) bei Abholung in anderer Geschäftsstelle 2 RM. (einschl. 41 Pf. Vertriebszuschlag) bei Abholung in anderer Geschäftsstelle 2 RM. (einschl. 41 Pf. Vertriebszuschlag)

## Eine Warnung Edens an Paris

Pläne für gegenseitige Beistandsverpflichtungen über ganz Europa jetzt wenig wünschenswert - Aussprache im Unterhaus

### Baldwin stellt die Vertrauensfrage

London, 6. April.

Die englische Regierung benutzte die Unterhausung am Montag, um ihre in der vorigen Woche erlassene Abstimmungsüberlage wieder weitzumachen, wobei sie sich verschiedener geschäftsordnungsmäßiger Regeln bedienen mußte, um die Abstimmungen wiederholen zu können. Unter anderem war sie gezwungen, die Vertrauensfrage zu stellen.

Ministerpräsident Baldwin bezeichnete in seiner einleitenden Rede die kürzliche Abstimmungsüberlage als einen reinen Zufall, aus dem die Regierung keine Folgerungen zu ziehen brauche. In dem vorliegenden Falle vertrete die Regierung nicht die Ansicht, daß sie das Vertrauen des Landes oder des Unterhauses verloren habe, denn sonst würde sie nur der Kritik über die Auflösung des Parlaments überhoben. Im weiteren Verlauf seiner Rede, wandte sich Baldwin gegen den Oppositionsleiter auf gleich hohe Bezahlung für Männer und Frauen im Staatsdienst, hauptsächlich mit der Begründung, daß sich hierzu aus für den Staatshaushalt eine zu hohe Belastung ergeben würde.

beigeführt habe. Churchill wandte sich dann auch der Kolonialfrage zu, wobei er es an den bei ihm üblichen gehässigen Ausfällen gegen Deutschland nicht fehlen ließ. Auf jeden Fall würde nicht England, sondern der Völkerbund über das künftige Schicksal der Kolonien entscheiden können.

### 33000 wollen in die Lehre

Von Professor Dr. Burkhardt, Dresden

In diesem Jahre haben in Sachsen 39 200 Knaben zu Ostern die Volksschule verlassen. Nach den bisher gemachten Beobachtungen werden von den Knaben etwa 65 v. H. gelernte Berufe und 15 v. H. ungelernete Berufe ergreifen. Es werden somit in unserem Gaugebiet insgesamt 33 400 Lehrlinge für männliche Schulentlassene benötigt.

### England wünscht Lösung durch Genf

Danach erhob sich Außenminister Eden, der sich zunächst mit der Behauptung des Oppositionsführers Attlee auseinandersetzte, daß England im abessinischen Streitfall sich nicht an den Völkerbund gehalten habe. Erst die Geschichte werde lehren, ob das, was der Völkerbund beschlossen habe, gut oder schlecht gewesen sei. Die Lehre, die man bisher aus den Ereignissen ziehen könne, laute 1. daß ein zahlenmäßig besserer Völkerbund unermüdlich auch in seiner Wirksamkeit begrenzt sei, 2. könnten dessen finanzielle und wirtschaftliche Sühnemahnahmen nicht sofort wirksam werden, wenn die Mitgliedschaft beim Völkerbund nicht vollständig sei.

Rage zu sprechen. Die Prüfung der deutschen Note sei noch im Gange. Vor ein paar Tagen jedoch seien die Regierungen Frankreichs und Belgiens an die britische Regierung mit der Bitte herangetreten, eine Tagung der Locarno-Mächte ohne Deutschland Anfang dieser Woche entweder in Paris oder in Brüssel abzuhalten. Er befenne, daß die englische Regierung einige Zweifel über die Richtigkeit einer solchen Zusammenkunft in diesem Augenblick empfunden habe. Er habe es für richtig gehalten, daraus hinzuweisen, daß die englische Regierung nicht zu einer Zusammenkunft gehen und der Ansicht zustimmen könne, daß die Verhandlungsaktion (Konzultation) zu Ende sei. Andererseits sei er der Ansicht gewesen, daß ein Gedanken austausch nicht leicht wertlos sein würde, ob auf diplomatischem Wege oder unmittelbar durch eine gemeinsame Zusammenkunft.

Nach der Betriebsabteilung 1933 gab es in Sachsen 55 988 Lehrstellen, und zwar 10 661 in kaufmännischen Büros und 45 327 in Fabrik- und Handwerksbetrieben. Rechnet man mit durchschnittlich 3 Lehrjahren, so entfallen hiervon auf jedes Lehrjahr im Mittel 17 220. Diese Zahl ist wesentlich kleiner als die von uns berechnete der dreijährig benötigten Lehrstellen, was darauf zurückzuführen ist, daß damals die schwachen Kriegsgenerationen 1916 bis 1918/19 im Lehrjahrsalter standen. Da jedoch der Beschäftigungsgrad von 31,3 v. H. zur Zeit der Nachkriegsübernahme auf 61,3 v. H. im zweiten Halbjahr 1935 gestiegen ist, kann angenommen werden, daß es trotzdem möglich ist, wie schon im Vorjahre auch diesmal Lehrplätze im erforderlichen Ausmaß bereitzustellen. Der Aufsatz unseres Gastleiters Stadtmann „Schafft Lehrstellen für Ostern 1936!“ der am 4. März im „Freiheitstempel“ erschien, hat Sachsens Betriebsführer zweifellos bereits zum vollen Einsatz in dieser Richtung veranlaßt.

Nach Ansicht der britischen Regierung würde es unerträglich sein, wenn man in Genf von Verbesserung spreche, so lange der Krieg andauere.

Eden erklärte weiter, da nach englischer Ansicht eine Sitzung des Dreischner-Ausschusses über den abessinischen Konflikt dringend notwendig sei, habe sich England hierum bemüht. Die Sitzung werde am Mittwoch stattfinden. England habe diese Gelegenheit benutzt, um den Regierungen Frankreichs und Belgiens vorzuschlagen, in dieser Zeit informelle Besprechungen unter sich abzuhalten. Beide Regierungen hätten dieser Ansicht beigestimmt.

Aus der Berufsschule sind in diesen Tagen 13 700 Schüler und 20 500 Schülerinnen abgegangen. Die Zahl der aus den Gewerbe- und Fachschulen auscheidenden Schüler beläuft sich auf 9900. In den höheren Schulen ist mit einem Abgang von 2900 Schülern zu rechnen, davon etwa 1400 Abiturienten. Rechnet man daß etwa ein Drittel der Abiturienten zum Studium übergeht, so bleiben 2400 aus den höheren Schulen abgehende und ins Berufsleben eintretende junge Leute. Steht man die folgenden Betrachtungen nur für die männlichen Schulentlassenen an, so ergibt sich als Gesamtzahl der aus der Berufsschule, den Fach- und Gewerbeschulen und der höheren Schule zur Entlassung kommenden, die im wesentlichen die sächsische Wirtschaft aufnehmen muß, die Zahl von 29 000. Hierzu treten noch 2000 von sächsischen Hochschulen abgehende Akademiker.

Nach dem gegenwärtigen Stand der Beschäftigung läßt sich für Sachsen die Gesamtzahl der erwerbstätigen Männer auf ungefähr 1 500 000 beziffern. Von diesen sind nach einer überschlägigen Berechnung 420 000 der Gruppe der Ungelernten zuzurechnen. 750 000 haben eine praktische Lehre genossen, 250 000 höhere bzw. Fachschulbildung und 40 000 Hochschulbildung. Nach der Altersgliederung und den Zahlen zur die mittlere Berufs-dauer berechnet sich die Zahl der innerhalb eines Jahres freizumachenden Stellen für Sachsen insgesamt auf etwa 28 000. Veraleidy man diese Zahl mit der der diesjährigen Schulentlassenen, so ergibt sich, daß sie um 4000 größer ist. Diese 28 000 beduten den Ersatzbedarf, worunter man in der Statistik den durch Abgang infolge Tod, Invalidität usw. entstehenden Bedarf an Arbeitskräften versteht; hinzu kommt der Ersatzbedarf für den Bedarfsbedarf, der die durch Werbung und Ausweitung der Wirtschaft neu sich anbietenden Arbeitsmöglichkeiten deckt und sich nicht berechnen läßt.

## Protest „in ausgezeichneter Hochachtung“

Die Kleine Entente legt Verwahrung gegen Oesterreichs Dienstpflicht ein

Brag, 6. April.

Am Montag um 17 Uhr überreichten der rumänische und der jugoslawische Gesandte sowie der tschechoslowakische Gesandte in Wien dem Bundeskanzleramt gemeinsam drei textlich gleichlautende Notizen, die den Befehl des Oesterreichs betreffen, die allgemeine Dienstpflicht einzuführen.

falls Mitglied des Völkerbundes, es für gut befinden hat, den Weg zu beschreiten, den der Völkerbundsrat unter ähnlichen Umständen feierlich durch seine Resolution vom 17. April 1935 verurteilt hat. Die Regierung der Demokratischen Republik Rumänien, Jugoslawiens) vermag keinesfalls zuzugeden, daß Oesterreich sich durch seine einseitige Handlung, die die Ablehnung internationaler Verpflichtungen darstellt, ein neues Recht geschaffen hat. Infolgedessen behält sich die Regierung der Tschechoslowakischen Republik, Rumänien, Jugoslawiens), das Recht vor, sich zu einem späteren Zeitpunkt hinsichtlich der zur Wahrung ihrer Interessen zu ergreifenden Maßnahmen zu äußern. Die Gesandtschaft der Tschechoslowakischen Republik Rumänien, Jugoslawiens) benutzt diesen Anlaß, um das vorerwähnte Bundeskanzleramt (Auswärtige Angelegenheiten) ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

In diesen Notizen heißt es: „Am 1. April hat der Bundestag ein Gesetz beschlossen, das eine Abänderung des für Oesterreich durch Teil V des Vertrages von St. Germain festgelegten Militärstatuts vorzieht. Diese Abänderung stellt, da sie durch eine einseitige Aufhebung dieses Teiles des Vertrages von St. Germain erfolgt ist, eine formale Verletzung der militärischen Klauseln dieses Vertrages dar. Unter diesen Umständen sieht sich die Regierung der Tschechoslowakischen Republik Rumänien, Jugoslawiens) als Mitunterzeichner des Vertrages von St. Germain verpflichtet, energig die Verwahrung gegen den Beschluß des in Rede stehenden Gesetzes einzulegen.“

Wie das Oesterreichische Korrespondenzbüro der Veröffentlichung dieser Meldung hinzufügt, bedeutet die Oesterreichische Regierung nicht, auf diesen gemeinsamen Schritt der Tschechoslowakien, Rumänien und Jugoslawiens zu erwidern.

Der Ersatzbedarf bei den Ungelernten und Ungelernten läßt sich in Sachsen auf etwa 10 500 beziffern. Die nach Einreden der Schulentlassenen rechnerisch insgesamt noch verfügbaren 9100 Arbeitsplätze entfallen somit zu zwei Dritteln auf die Gruppe der Ungelernten. Am Zusammenhang mit der geringen Anzahl von ungelerten

Der liberale Oppositionsführer Sir Archibald Sinclair erklärte, daß in Abessinien nicht die Selbstbestimmung, sondern die britische Regierung einen Beschluß erlassen habe. Erweitert wurde dann das Kolonialproblem erwähnt. Der Abgeordnete Sandys, ein Schwiegerohn Winston Churchills, wollte wissen, ob die am 12. Februar von dem Kolonialminister abgegebene Erklärung, wonach die britische Regierung keinerlei Erwägungen über die Unabhängigkeit britischer Mandatsgebiete an irgendeine andere Macht angestellt habe oder anstelle, heute noch Gültigkeit habe.

Ministerpräsident Baldwin antwortete, daß sich die Haltung der Regierung in dieser Angelegenheit nicht geändert habe. Der Abgeordnete Dan verlangte von dem Ministerpräsidenten eine Versicherung, daß das Britische Reich in een bevorstehenden Generalsitzungsbesprechungen während der Osterpause des Parlaments keine endgültigen Entscheidungen treffen oder Verpflichtungen eingehen. Baldwin wiederholte, daß die Generalsitzungsbesprechungen die politischen Verpflichtungen Englands nicht vermindern würden, so daß die in diesem Zusammenhang gekäuerten Verpflichtungen unberührt seien. Im Verlauf der Aussprache nahm auch der konservative Winston Churchill das Wort. Er